



**Fraktion DIE LINKE
Regionalversammlung Stuttgart**

linke@region-stuttgart.org
www.die-linke-vrs.de

25. Februar 2016

Pressemitteilung: Die LINKE in der Regionalversammlung Stuttgart will VVS-Tariferhöhungen zum 1.1.2017 verhindern

Wie Mitte Februar angekündigt hat die Fraktion DIE LINKE heute ihren Antrag zur Verhinderung einer erneuten VVS-Tariferhöhung zum 1. Januar 2017 in der Regionalversammlung Stuttgart eingebracht. Er ist Teil einer gemeinsamen Initiative der Kreis- und Regionalfraktionen der LINKEN sowie der SÖS-LINKE-PluS im Stuttgarter Gemeinderat.

Wie seit 20 Jahren droht auch Anfang 2017 die alljährliche Erhöhung der Ticketpreise im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS). Zwischen 2006 und 2016 erhöhten sich die Preise im VVS-Tarif durchschnittlich um 2,9% pro Jahr, und liegen damit deutlich über der allgemeinen Reallohn- und Preisentwicklung.

Tariferhöhungen zum Jahresanfang sind aber kein Naturereignis: Ob die Kostensteigerungen der ÖPNV-Unternehmen auf die Fahrpreise umgelegt oder aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden, liegt bei den politischen Entscheidungsträgern: Verband Region Stuttgart, Stuttgarter Gemeinderat und bei den Kreistagen in der Region, beziehungsweise deren Vertretern im Aufsichtsrat des VVS. Gemäß VVS-Vertrag können sie als Aufgabenträger mehrheitlich der Tariferhöhung widersprechen, wenn sie bereit sind, die sich hieraus ergebenden Einnahmeausfälle für alle Unternehmen auszugleichen.

Das massive (Auto)Verkehrs-, Lärm- und Luftschadstoffproblem der Region Stuttgart kann nur durch einen guten und fair finanzierten ÖPNV gelöst werden. Im vergangenen Jahr erkannten dies in der Regionalversammlung neben den LINKEN auch SPD und FDP. Alle drei Parteien stimmten daher - wenn auch vergeblich - gegen eine Preiserhöhung 2016. Nun startet DIE LINKE einen erneuten Anlauf für das kommende Jahr.

Die Attraktivität von Bus und Bahn muss gesteigert werden. Preiserhöhungen sind hier völlig kontraproduktiv.

**Antragstext:**

Die Regionalversammlung fordert die regionalen Aufsichtsratsmitglieder auf, im Aufsichtsrat des VVS gegen eine Preiserhöhung zum 01.01.2017 zu stimmen.

Nachgewiesene Kostensteigerungen der Verkehrsunternehmen gemäß den Regelungen der indexbasierten Kostenrechnungen sind aus öffentlichen Mitteln zu erstatten, wobei Zusatzeinnahmen aus Fahrgastzuwächsen anzurechnen sind.

Begründung:

Angesichts der bestehenden erheblichen Qualitätsmängel insbesondere im S-Bahn-Verkehr, aber auch bei vielen Busangeboten in der Fläche, sind weitere Preiserhöhungen für den ÖPNV nicht gerechtfertigt. Darüber hinaus sind seit 2010 wesentliche Kosten für PKW kaum gestiegen bzw. im Einzelfall sogar zurückgegangen. So stiegen die Kraftstoffpreise im Vergleich zu 2010 minimal bzw. sanken sogar (Benzin +1,4%, Diesel – 5,3%; Quelle: Statistisches Bundesamt, *Daten zur Energiepreisentwicklung*, Stand 09/2015).

Eine weitere Fahrpreiserhöhung würde von den Nutzern des ÖPNVs sowie von potentiellen Neukunden als absolut nicht angebracht empfunden werden und von der Nutzung des ÖPNVs abschrecken.